

Ulrich Borsdorf: „Ein großer Tag für die deutschen Arbeiter“. Die Gründung des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Aachen“ am 18. März 1945.¹

Verzögerter Aufbruch

Oft noch vor dem Einmarsch der alliierten Truppen, meist aber sofort danach, gingen ehemals aktive Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertreter der früheren Arbeiterparteien daran, sich zu organisieren und Maßnahmen für Wiederbelebung demokratischer politischer Strukturen überhaupt zu treffen. „Antifaschistische Ausschüsse“, Betriebsvertretungen und Gewerkschaften betrieblichen oder lokalen Zuschnitts waren die organisatorischen Formen, in denen sich der Wille und der Elan der Arbeiterbewegung zur Beseitigung des Schutts manifestierte, die der Nationalsozialismus im wörtlichen und im übertragenen Sinne hinterlassen hatte.² Doch die Grenzen der Befreiung waren enger gezogen, als es der erste Überschwang hatte wahrhaben wollen: Die Besatzungstruppen und ihre bald auf allen Ebenen formierten Militärregierungen trauten diesen Arbeiterinitiativen nicht recht; auch sie wurden im Zuge der anfänglich restriktiven Praxis der Militärregierungen in die Gesamthaftung der Deutschen eingeschlossen.

Die westlichen Alliierten hatten schon im Frühjahr 1944 begonnen, Richtlinien für den Fall zu erarbeiten, daß es während der Besetzung auf deutscher Seite zu Reorganisationsversuchen von ehemaligen Gewerkschaften kam. Im September 1944 hieß es dann in einer einstweiligen Order des Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF, Alliiertes Oberkommando): „Die Bildung einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung und anderer freiheitlicher wirtschaftlicher Zusammenschlüsse“ solle gestattet werden, wenn sie nicht „von NS- oder anderen politischen Gruppen gesteuert würden“.³ Die Betonung der Absicht, nur „nicht-politische“, auf die wirtschaftliche Interessenvertretung beschränkte Gewerkschaften zulassen zu wollen, war hier überdeutlich. Im selben Zeitraum, in dem die US-Truppen Aachen befreiten und

1 Das Titelzitat ist die Schlagzeile eines entsprechenden Artikels in den „Aachener Nachrichten“, einer mit Genehmigung der Alliierten Militärbehörde herausgegebenen Wochenzeitung, 1. Jg., Nr. 9, 21. 3. 1945, S. 2. Eine andere Fassung dieses Aufsatzes erscheint in: Ilse Brusis (Hg.): Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Köln 1985. Vgl. auch zu Aachen: Klaus Brülls, Winfried Casteel: Scharf die Einheit! Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Aachen 1985, von der diese Darstellung im einzelnen abweicht, den Verfassern sei aber für Hinweise gedankt.

2 Zu dieser Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung immer noch: Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf, Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.

3 Zitiert nach: Michael Fichter: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982, S. 72.

besetzten (21. 10. 1944) wurde diese erste Direktive für das Verhalten der künftigen Militärregierungen einer Revision unterzogen. Jetzt lautete die Weisung an die Kommandeure: „Sie werden den Arbeitern erlauben, Organisationen zum Zweck der KoUektiverhandlungen und der gegenseitigen sozialen und wirtschaftlichen Hilfeleistung aufzubauen, sie werden aber solche Organisationen daran hindern, in kaschierter Form zur Aufrechterhaltung der Ideologie und des Einflusses der Nazis beizutragen. Sie werden jedoch alle sinnvollen Maßnahmen ergreifen, um alle Streiks oder Arbeitsniederlegungen zu verhindern, die die Besatzungstruppen oder die Durchführung der Aufgaben ihrer Militärregierung gefährden könnten.“⁴

Damit war für die Offiziere der Rahmen auf der einen Seite weiter gefaßt, als jetzt nur noch die Nazis als mögliche Gefahrenquellen politischen Einfluß auf die Gewerkschaften genannt und ausgeschlossen wurden, auf der anderen Seite sollte es den Organisationen nicht gestattet sein, für ihre Ziele Arbeitskämpfe zu führen.

Die ersten, die erlebten, wie eng die Spielräume zwischen Befreiung und Besatzung gefaßt wurden, waren Aachener Gewerkschafter, die kurze Zeit nach der Befreiung der Stadt durch amerikanische Truppen bei der provisorischen Militärverwaltung mit der Bitte vorstellig wurden, die Aachener Gewerkschaften wieder gründen zu dürfen. Die Wortführer waren die Sozialdemokraten und Gewerkschafter Matthias Wilms, Heinrich Hollands und Jean van Wersch. Von Hollands ist bekannt, daß er offenbar schon während der Ardennen-Offensive Kontakte zu Gewerkschaftsfragen aufgeschlossenen amerikanischen Offizieren wie Saul K. Padover und Cedric Beifrage hatte.⁵ Nun traten die drei Deutschen den Amerikanern als Delegierte einer Gruppe von ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der freien Gewerkschaften entgegen, die sich darauf berufen konnten, in der Zeit des Nationalsozialismus illegal gearbeitet zu haben und verfolgt worden zu sein. Der zuständige US-Offizier versagte ihnen jedoch die Genehmigung, eine Gewerkschaft zu gründen, mit dem Argument, es sei dafür noch zu früh. Er schlug aber vor, sie sollten wiederkommen, wenn die amerikanischen Truppen am Rhein stünden.

Die neue Phase der Illegalität, die diese unerwartete Abfuhr für die Aachener Gewerkschaften nun bedeutete, war anderer Natur als die vorausgegangene. Sie trafen sich von nun an weiter regelmäßig, aber immer noch geheim, und nutzten die Zeit, sich auf den Tag der Wiederzulassung der Gewerkschaften vorzubereiten. Wäre es nach dem Wortlaut der Bestimmungen gegangen,

4 Ebenda, S. 73.

5 Arbeiterinitiative, S. 192.

die im Dezember 1944 im „Handbook for Military Government in Germany“ niedergelegt worden waren - es beruhte zum Beispiel auch auf der Zuarbeit sozialistischer deutscher Emigranten⁶ -, dann hätte die US-Militärregierung Aachens die Gewerkschaftsgründung durchaus schon zur Jahreswende 1944/45 zulassen können. Denn in diesem Handbuch hieß es: „Die Arbeiter werden das Recht zur Bildung demokratischer Gewerkschaften und anderer Formen freiheitlicher wirtschaftlicher Zusammenschlüsse erhalten. Angesichts der langen Jahre nazistischer Indoktrinierung der Arbeiter und der Unterdrückung der Freiheit im Handeln und Denken wird es notwendig sein, die Entwicklung der Gewerkschaften und der Kollektiverhandlungen genau zu überwachen, um sicherzustellen, daß sie nicht als Instrumente zur Wahl von NS-Funktionären zu Gewerkschaftsvertretern und zur Fortführung von NS-Organisationen unter anderem Namen mißbraucht werden.“⁷

Der Leumund derjenigen Aachener Gewerkschafter, die um die Gründung nachgesucht hatten, war über jeden Zweifel in der befürchteten Hinsicht erhalten. Und außerdem war die US-Militärregierung nicht allgemein so penibel. Daß sie in Aachen zu diesem Zeitpunkt noch keine Gewerkschaften wollten, hatte wohl andere Gründe, die sich aus der politischen Situation Aachens jener Zeit eher erklären lassen als aus den entsprechenden Richtlinien der US-Militärregierung.

Als die Amerikaner Ende Oktober die von nur noch 3500 Menschen bewohnte, fast vollständig zerstörte Kaiserstadt genommen hatten, waren sie bald daran gegangen, einen zur Leitung der städtischen Verwaltung fähigen Fachmann zu finden. Das war in mehrfacher Hinsicht schwer, denn die höheren Beamten hatten die Stadt größtenteils während der Evakuierung durch die NSDAP Anfang September 1944 verlassen; die Dagebliebenen kamen kaum in Frage, weil unter ihnen die meisten Nazis vermutet werden konnten. Außerdem mußte jeder Deutsche, der sich auf eine solche „Kollaboration“ mit den Amerikanern einließ, die Rache der Nationalsozialisten für diesen „Verrat“ fürchten. Auf ihrer Suche nach einem für das Amt des Oberbürgermeisters geeigneten Kandidaten stießen die Amerikaner auf den Bischof von Aachen, van der Velden, der ihnen den Namen eines solchen Mannes nannte: Franz Oppenhoff.

Am 31.10. 1944 wurde der 42jährige Oppenhoff in Anwesenheit hoher US-Militärs als Oberbürgermeister Aachens vereidigt. Oppenhoff, ein Jurist, hatte die katholische Kirche im Bistum Aachen in ihren Auseinandersetzungen mit

6 Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S. 62 ff.

7 Ebenda, S. 75.

dem NS-Regime unerschrocken unterstützt, bis der Reichs justizminister im Jahre 1943 Oppenhoffs Anwaltspraxis schloß. Oppenhoff arbeitete fortan unter der dauernden Drohung, einberufen zu werden, als kaufmännischer Direktor eines „kriegswichtigen Unternehmens“ (Anton Veltrup & Co).⁸ In einem Interview, das Saul K. Padover - im Zivilberuf Geschichtsprofessor - mit Oppenhoff in dieser Zeit führte, offenbarte Oppenhoff dem amerikanischen Offizier der „Psychological Warfare Division“ (PWD, Abteilung für Psychologische Kriegsführung) ein Verständnis von Demokratie, das jenen sehr befremdete. In der Erinnerung Padovers sagte Oppenhoff: „Ich kann nur hoffen und beten, daß die Amerikaner nicht die Dummheiten begehen werden, in Deutschland politische Parteien zuzulassen. Gott stehe uns bei, wenn politische Parteien wieder zugelassen werden. [...]. Mir schwebt ein Wirtschaftssystem von Kleinbetrieben vor, das paternalistisch aufgebaut ist. Jeder Arbeitgeber muß sich für seine Arbeiter so verantwortlich fühlen, als seien sie Mitglieder seiner Familie. Bauen wir ein solches System auf, dann brauchen wir keine Unruhen, Abstimmungen oder Wahlen. Dies ist mein Bild einer Demokratie, einer wirklichen Demokratie.“⁹

Diese rückwärtsgewandte, christlich-konservative Idyllisierung einer Gesellschaft auf der Basis von Handwerksbetrieben war nichts Außergewöhnliches. Auch in Kreisen des bürgerlichen Widerstandes finden sich vergleichbare Vorstellungen, und der künftige Verzicht auf Parteien schien auch Vertretern der Arbeiterbewegung damals durchaus denkbar. In Oppenhoffs Welt- und Gesellschaftsbild paßten Gewerkschaften nicht hinein. Padover notierte Oppenhoffs Meinungen zu den Gewerkschaften folgendermaßen: „Die Militärregierung bringt drei Vorteile mit sich. Erstens werden die Amerikaner die Deutschen kennenlernen. Zweitens wird eine Militärregierung alle Redner, Politiker und Agitatoren ausschließen. Drittens können wir unsere Wirtschaft ohne die Einmischung von politischen Parteien und Gewerkschaften in aller Ruhe wieder aufbauen.“ Und Oppenhoff riet dem US-Offizier: „Keinesfalls dürft ihr Amerikaner Aufrufe an die deutschen Arbeiter richten. Ihr dürft ihnen nichts versprechen.“¹⁰

Es war nur konsequent, wenn Oppenhoff sich bei der Militärregierung für die Wiedergründung der Handwerkskammer einsetzte. Seinem diesbezüglichen Antrag kam die Militärregierung bald nach: Am 1. Februar 1945 wurde in Aachen die Handwerkskammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft neuge-

8 Vgl. Wolfgang Trees, Charles Whiting: Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982, S. 81 ff., S. 69 ff.

9 Zitiert nach Trees/Whiting: Unternehmen Karneval, S. 95.

10 Zitiert nach ebenda, S. 154 f.

gründet.¹¹ Den Gewerkschaften wurde es nun gestattet, sich am 8. Februar zum erstenmal legal und offiziell zu treffen. Inzwischen hatte sich der Kreis der Aachener Gewerkschaftsgründer auch politisch erweitert, denn zu einer Kommission, die bei dieser Gelegenheit gewählt wurde, gehörte nun außer den drei Pionieren vom Oktober 1944 auch eine Kommunistin, Anna Braun-Sittarz, die vor 1933 Betriebsrätin der Tuchfabrik Delius in Aachen gewesen war.¹² Einen Monat später, die US-Truppen hatten am 7. März 1945 bei Remagen den Rhein überschritten, sprachen die Aachener Gewerkschaften bei der Militärregierung wieder vor. Major Bradford schien nun von dem Vorhaben, in Aachen eine Einheitsgewerkschaft zu gründen, „sichtlich begeistert“¹³ und forderte die Gewerkschafter auf, ein Programm einzureichen. Dies geschah zwei Tage später, offenbar war es längst fertiggestellt. Und wiederum zwei Tage darauf, am 14. März, wurde den Gewerkschaftern eröffnet, sie dürften am Sonntag, dem 18. März, ihre Gründungsversammlung abhalten.

Warum es nun, nach der langen Verzögerung, auf einmal so schnell gehen sollte und konnte, war ein wenig merkwürdig. Die Erklärung könnte darin liegen, daß die Amerikaner mit ihrem Vorgehen in Aachen heftige internationale Kritik geerntet hatten, sich bei ihrer Zusammenarbeit mit Deutschen und deutschen Behörden fast ausschließlich auf christlich-konservative Kräfte zu stützen und in der Verwaltung aus Gründen der „Effizienz“ Nationalsozialisten weiterzubeschäftigen. Diese Kritik wurde Anfang Februar sogar Gegenstand eines besorgten Schreibens, das der außenpolitische Berater des amerikanischen Oberkommandierenden, Robert Murphy, an das State Department schickte.¹⁴ Denn auch Teile des amerikanischen Militärs waren mit diesem Aachener Kurs unzufrieden, nicht zuletzt weil er die Armee parteipolitisch zu spalten drohte. So ist es gut möglich, daß dieser Umstand der politischen Geneigtheit der Aachener Militärregierung zugrundelag, nun doch die Gewerkschaftsgründung zuzulassen.

Eilends ließen die Aachener Gewerkschafter Handzettel drucken, auf denen zu lesen stand:

11 Detlef Perner. Die „Reorganisation“ der Handwerkskammern in der britischen Besatzungszone nach 1945, in: Dietmar Petzina, Walter Euchner (Hg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949, Düsseldorf 1984, S. 255-275, S. 259 f.

12 Information von Peter Spiegelmacher, Aachen, der einige wesentliche Fakten aus jener Zeit als Mitbegründer in einem Papier festgehalten hat, das er dem Verf. dankenswerterweise überließ: „Betrifft: Gewerkschaftsgründung 1945 in Aachen“, Ms., 3 S. Anna Braun-Sittarz starb wenige Wochen nach der Gewerkschaftsgründung an den Folgen eines Autounfalls; ihr Nachfolger wurde Jean Allelein, ebenfalls KPD-Mitglied und ehemaliger Betriebsrat.

13 DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“, 10-jähriger Gründungstag der ersten Gewerkschaften in Aachen, Ms., 2 S. Eine erste, noch unvollkommene Schilderung der Aachener Gründung findet sich bei Jürgen Klein: Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland, Hamburg 1972, S. 165 ff.

14 Arbeiterinitiative 1945, S. 116 f.

Werter Kollege!

Aachen, den 16. März 1945.

Zu der am Sonntag, dem 18. März 1945, vormittags 10 Uhr, im Gebäude der Handwerkskammer, Couvenstraße stattfindenden

Versammlung

werden Sie dringend eingeladen.

Tagesordnung:

Wiedereröffnung der Gewerkschaften unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“.

Im Auftrage:
Matthias Wilms.

Die Gründung

Die Formulierung der „Tages-Ordnung“ zeigt, wie sehr sich die Aachener Gewerkschafter auf ihre Organisationen in der Weimarer Republik („Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“) bezogen, wie sehr sie ihr Vorgehen als Wiederanfang („Wiedereröffnung“), weniger als einen völligen Neuanfang begriffen. Am 18. März 1945 versammelten sich 83 - meist ältere - Aachener Gewerkschafter, die meisten von ihnen ehemalige, ehren- und hauptamtliche Funktionäre, um die erste Einheitsgewerkschaft auf deutschem Boden zu gründen. Die Militärregierung war mit drei Offizieren vertreten, und auch die deutschen Behörden hatten Vertreter entsandt; der Oberbürgermeister, der Polizeidirektor und der Präsident der Handwerkskammer wohnten dem schlichten, aber feierlichen Akt bei. Oppenhoff, der sicher dem gesamten Vorgang mit einiger Skepsis gegenüberstand, gab in seinen Begrüßungsworten immerhin der Hoffnung Ausdruck, „die Stadt, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften“ werde „aus Aachen das machen, was es früher war“.¹⁵

Das zu erleben, war Oppenhoff nicht mehr beschieden. Als er der Wiedergründung der Aachener Gewerkschaften beiwohnte, waren die Feme-Mörder der nationalsozialistischen „Werwolf“-Organisation schon unterwegs, um ihn, der dies stets befürchtet hatte, als „Verräter“ zu liquidieren. Am 25. März wurde er hinter seinem Haus von einem Mördertrupp erschossen, den SS und Gestapo mit Fallschirmen in das besetzte Gebiet geschleust hatten.¹⁶

Als Ältester eröffnete Heinrich Hollands an j enem 18. März 1945 die Gründungsversammlung der Aachener Gewerkschaften. Er sagte, sichtlich gerührt,

¹⁵ Aachener Nachrichten, 21.3.1945.

¹⁶ Trees/Whiting: Unternehmen Karneval, bes. S. 211 ff.

„daß dieser Tag der glücklichste seines Lebens“ sei, weil er das Wiedererstehen der freien Gewerkschaften in Deutschland erleben dürfe und schloß mit den Worten: „Aus der Asche, die aus den letzten zwölf Jahren verblieben ist, soll die neue Gewerkschaft neu erstehen. Wir wollen nie mehr den Weg beschreiten, der die Arbeiterschaft auseinanderreißt.“¹⁷

Als nächster ergriff der Einberufer, Matthias Wilms, das Wort. Wilms, von Beruf Weber, war vor 1933 Funktionär der sozialdemokratischen Textilarbeiter-Gewerkschaft gewesen, hatte nach 1933 eineinhalb Jahre im Gefängnis verbracht und eine dauernde Gestapo-Überwachung über sich ergehen lassen müssen. Er sagte: „Es ist ein langer, schwerer Weg gewesen, den wir hinter uns haben, und viele Gewerkschafter sind nicht mehr unter uns . . . Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Nicht das, was wir 1933 verlassen haben, wollen wir wiederschaffen. Etwas Neues muß an diese Stelle treten. Die schaffenden Menschen aller früheren Gewerkschaftsrichtungen haben eingesehen, daß nur (ein) einheitlich fest zusammengeschmiedeter Block aller Schaffenden zu dem Ziel führt, das wir erreichen wollen. Deshalb soll die kommende Gewerkschaftsbewegung eine Einheitsgewerkschaft sein, nicht abhängig von politischen Parteien, sondern parteipolitisch und religiös neutral“. Was unter dieser Einheitsgewerkschaft zu verstehen sei, deutete Wilms auch an: „Wenn wir auch zur Zeit nur eine Lokalorganisation darstellen, so müssen wir doch den Weg zur Zentralorganisation beschreiten. Es hat sich erwiesen, daß Berufsgruppen und Lokalgewerkschaften nicht richtig waren, deshalb müssen wir die Zentral-Organisation anstreben. ... Parteipolitische Tendenzen sind grundsätzlich aus der Gewerkschaft auszuschalten. Die Gewerkschaft soll eine Wirtschaftsorganisation sein.“¹⁸

Die an Wilms' Ausführungen sich anschließende Diskussion ergab keine Unterschiede in der Sache; alle Redner gingen auf die Bedeutung des Ereignisses ein, dem sie beiwohnten. Sie empfanden es als „eine geschichtliche Stunde für die Neue Deutsche Gewerkschaftsbewegung.“¹⁹ Die Versammlung verabschiedete darauf „Richtlinien“, die Matthias Wilms in seinen Ausführungen vorgetragen hatte. Sie lauteten:

- „1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere bei der Jugend, über die Verständigung der Völker untereinander.
3. Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus.
4. Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung.

¹⁷ Aachener Nachrichten, 21. 3.1945.

¹⁸ DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“ (Vgl. Anm. 13), und Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

¹⁹ DGB-Archiv, Ordner „Aachen 1945-1949“, (Vgl. Anm. 13).

5. Vertretungen der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens.
6. Wiedereinführung des Arbeiterrechts.
7. Regelung der Lohnfragen und der Ferien.
8. Wiedereinführung des Achtstunden-Tages evtl. der Vierzigstunden-Woche.
9. Wiedereinführung des Streikrechts.
10. Unterdrückung der Werkschutzvereine.
11. Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher.
12. 1. Mai gesetzlicher Feiertag.
13. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Mitglieder der NSDAP waren, können Mitglied werden, aber keine Funktion ausüben.²⁰

Gemessen an der von den Amerikanern erhobenen Forderung, die Gewerkschaften sollten lediglich „Wirtschaftsorganisationen“ sein, betonten die ersten vier Punkte eine Rolle der Gewerkschaften, die über eine solche Funktion deutlich hinausging, aber von allen Gewerkschaftern jener Zeit für selbstverständlich erachtet wurde: die „innere Befreiung“ Deutschlands von Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus und seinen Trägern. Damit waren die Aachener Gewerkschafter im Prinzip auf der Linie der Militärregierung, doch wenn Anna Braun-Sittarz sagte: „Alle, die zu feige waren, dem Nazismus zu trotzen, sind schuld am Elend der Unschuldigen. [...]. Deshalb müssen wir alle zur Rechenschaft ziehen, die daran schuldig sind. Die Alliierten verlangen von uns, daß wir uns wieder würdig erweisen, in der Welt gleichberechtigt zu stehen. Wir sind bereit, diesen Beweis zu erbringen“²¹, dann schwang darin unüberhörbar der Vorwurf mit, die Besatzungsmacht selbst tue offenbar nicht alles, um die Einlösung dieser „Richtlinie“ zu verwirklichen.

Die Punkte 5 und 6 ließen nicht nur erkennen, wie sehr die Gewerkschafter an die Grundzüge des Arbeitsrechts der ersten deutschen Republik anknüpfen wollten, und wie sehr sie die nationalsozialistische „Ordnung der nationalen Arbeit“ als völlige Entrechtung der Arbeiter auffaßten. Sie forderten im Punkt 5 darüber hinaus ein grundsätzliches Mitbestimmungs-, ein Vertretungsrecht, ein allgemein-politisches Mandat. Ob weiterreichende Forderungen - etwa nach einer Sozialisierung der Betriebe - von den Gewerkschaftern nicht aufgestellt worden waren oder aber nicht die Billigung der Militärregierung nicht gefunden haben, ist nicht bekannt.

Die Punkte 7, 8, 9 und 12, so vermerkte der Artikel in den mit Genehmigung der alliierten Militärbehörde herausgegebenen, „Aachener Nachrichten“ vom 21. März 1945, könnten „in ihrem Ziel augenblicklich noch nicht erreicht werden“, doch „auf lange Sicht hin“ sei wohl auch das möglich.²² Dem standen die Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht entgegen, die nicht bereit war

²⁰ Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

zu dulden, daß eine Arbeiterschaft, die offenbar bis zum bitteren Ende der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft ohne sichtbare Auflehnung alle Zumutungen hingenommen hatte, nun, da sie befreit war, den Arbeitskampf als verbrieftes Recht für sich beanspruchte.

Während die Forderung nach „Unterdrückung der Werkschutzvereine“ - Punkt 10 - eine deutliche Absage an betriebliche Organisationen im Unternehmerinteresse darstellte, war der Punkt 11 - Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher - weniger selbstverständlich. Was wollte der FDGB Aachen mit den Unterlagen der DAF? Ging es um die Sicherung versorgungsrechtlicher Ansprüche, um die fiktive Fortführung der Gewerkschaftsmitgliedschaft (als die die erzwungene Zugehörigkeit zur DAF gemeinhin berechnet wird)? Oder wollten die Gewerkschafter darin die räudigen Schafe unter ihnen-leichter auffindig machen können? Das Wahrscheinlichste ist: Sie wollten Belastete ausscheiden, aber ansonsten die Beitragszahlungen nicht unterbrechen lassen, um ihre junge Organisation finanziell überhaupt tragen zu können - das Vermögen, das die DAF den früheren Gewerkschaften weggenommen hatte, sollte ihnen erst viel später wiedergegeben werden.²³

Das aus heutiger Sicht Interessanteste an der Aachener Gewerkschaftsgründung, die einheitsgewerkschaftliche Struktur, war nicht Bestandteil der „Richtlinien“. Die Vereinigung der früheren Richtungsgewerkschaften, der Zusammenschluß von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Unabhängigkeit von Parteien, Staat und Unternehmern - war all dies so selbstverständlich, daß es, statt Teil der dreizehn Punkte zu sein, nur in der Rede von Wilms angedeutet wurde? Oder gab es noch Unschlüssigkeiten, Meinungsunterschiede?

Die 13 Punkte jedenfalls erhielten die einmütige Zustimmung der Versammlung, so daß Matthias Wilms schließlich feierlich verkünden konnte: „Hiermit ist heute, am 18. März 1945, im Sitzungssaal der Handwerkskammer die neue Deutsche Einheitsgewerkschaft gegründet.“²⁴

Die politischen Strukturen der Einheit

Offenbar war der Name, den die neue Organisation tragen sollte, nicht ganz umstritten. Wilms hatte von der „Deutschen Einheitsgewerkschaft“ gesprochen, auf der Einladung hatte es noch „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ geheißen, so wie der Dachverband der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Es scheint, daß die Wiederverwendung dieser Bezeichnung sowohl bei den christlichen wie auch bei

²³ Die Rückgabe begann 1947/48.

²⁴ Aachener Nachrichten, 21. 3. 1945.

den kommunistischen Mitgründern der Aachener Gewerkschaft auf Ablehnung stieß. Und so einigte man sich auf den Namen „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FGDB) Aachen.“ Sehr viele, nach dem Aachener Beispiel in den befreiten Gebieten neu gegründete Gewerkschaften nannten sich so; sie war neben Spielarten wie „Allgemeiner Gewerkschaftsbund“ in anderen Teilen Deutschlands die am weitesten verbreitete Bezeichnung.

Die Aachener wählten sich in geheimer Abstimmung einen 5köpfigen Vorstand, dem 3 Sozialdemokraten, eine Kommunistin (Anna Braun-Sittarz) und ein Gewerkschafter angehörten, der vor 1933 zwar bei den freien Gewerkschaften und im Reichsbanner gearbeitet hatte, aber nicht Parteimitglied geworden war (Peter Spiegelmacher). Warum kein der ehemaligen Zentrums- oder der christlichen Gewerkschaften zuzurechnender Gewerkschafter in den Vorstand kam (oder gehen wollte), ist nicht festzustellen. Es steht aber fest, daß ehemals christliche und auch Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter bei der Gründung anwesend waren.²⁵ Das Aachener Gründungskonzept sah ihre Beteiligung ja auch explizit vor, wenn die neue Gewerkschaft, wie Wilms es formulierte, „parteilos und religiös neutral“²⁶ sein sollte. Der führende Kopf der ehemaligen christlichen Gewerkschaften in Aachen, Graf, der der Gründungsversammlung beiwohnte, hatte offenbar angesichts der politischen Konstellation einige Vorbehalte. Er wechselte später zu den vom DGB sich wieder abspaltenden christlichen Gewerkschaften über.

Bei der Wahl des „Geschäftsführers“ war die Einheitlichkeit der Versammlung nicht so groß, wie die vorangegangenen Reden es hätten erwarten lassen. Offenbar wählten die Kommunisten nicht auch den Sozialdemokraten, sondern stellten mit Anna Braun-Sittarz eine eigene Kandidatin auf, die 12 Stimmen erhielt. Matthias Wilms wurde mit 69 Stimmen in dieses Amt gewählt. Daraus kann man die Vermutung ableiten, die christlichen Gewerkschafter hätten sich den Sozialdemokraten näher gefühlt als die Kommunisten, denn die christlichen Gewerkschafter hatten offenbar für den Sozialdemokraten Wilms gestimmt.

Auf eine ähnliche Konstellation - die relative Nähe sozialdemokratischer und christlicher Gewerkschafter bei gleichzeitiger relativer Distanz zu den Kommunisten - deuten auch die von Hans Böckler formulierten „Erläuterungen zur Absicht der Wiedererrichtung einer Gewerkschaft“, in denen er subtil formuliert: „Fast allenthalben haben . . . ehemals in den freien oder christlichen Verbänden miteinander, und zusammen, mit kommunistisch orientierten

²⁵ Information Peter Spiegelmacher, vgl. Anm. 12.

²⁶ Übersetzung aus der amerikanischen Armee-Zeitung „Yank“, in: Ordner „Aachen 1945-1949“.

Kollegen, Fühlung genommen.“²⁷ Oft waren es aber - wie in Aachen - die Sozialdemokraten und Kommunisten, die zuerst zueinander fanden, um dann die christlichen Gewerkschafter dazubitten - die Gewerkschaftsgründung in Gelsenkirchen-Buer ist dafür ein gutes Beispiel.²⁸ Die politischen Kräfteverhältnisse in den als Einheitsgewerkschaften auf lokaler Ebene wieder entstehenden Organisationen waren ganz unterschiedlich, sie hingen von vielen Faktoren ab. Je nachdem, wer überhaupt noch physisch anwesend war und zuerst die Initiative ergriff, je nachdem, welche politische Tradition in der jeweiligen Region am stärksten gewesen war, ergaben sich die verschiedensten Konstellationen. In dem festen Glauben, es sei die organisatorische Zerspaltenheit der deutschen Gewerkschaften gewesen, die 1933 Ursache der Niederlage gewesen sei, breitete sich meist ein geradezu euphorischer Einheitswille aus. Das heißt aber nicht, die Neugründer seien sich der politischen Unterschiede zwischen ihnen nicht bewußt gewesen. Es ging bald auch darum, welche politische Richtung den größten Einfluß haben würde. Langfristig gesehen war das Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den christlichen Gewerkschaften am dauerhaftesten. Die Kommunisten konnten, so z. B. im Industrieverband Bergbau, starke Anfangserfolge erzielen, die sie aber nicht zuletzt wegen ihrer überzogenen Politik im beginnenden Kalten Krieg bald wieder einbüßten.²⁹

Die Binnenstruktur der Aachener Gewerkschaft hatte Wilms in seinem Referat nicht ausführlich behandelt, aber alles, z. B. der vom ihm verwandte Begriff der „Zentral-Organisation“, deutete daraufhin, daß auch ihm eine zentralistische Einheitsgewerkschaft vorschwebte, in der es für die Industrien, Gewerbe und Berufe keine selbständigen Organisationen mehr geben sollte, sondern lediglich Abteilungen einer großen Zentrale - das war im übrigen auch das Böckler-Konzept - und sicher die am weitesten verbreitete Variante der Vorstellungen deutscher Gewerkschafter über die künftige Struktur ihrer Organisation. Aber auch in Aachen könnte dieses zentralistische Konzept nicht unumstritten gewesen sein - ganz unabhängig davon, daß weder die Amerikaner noch die Briten dafür irgendwelche Sympathien aufbrachten.

Karl Moessinger nämlich, der ehemalige Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Aachen, hatte ein Papier erarbeitet („Arbeit und Organisation einer örtlichen Verwaltungsstelle der Einheitsgewerkschaft“)³⁰,

27 Abgedruckt in: Ulrich Borsdorf, Hans Otto Hemmer, Martin Martiny (Hg.): Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Köln 1977, S. 270-273.

28 Hartmut Fietsch: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 und 1948, Duisburg 1978, S. 83 ff.

29 Vgl. dazu: Ulrich Borsdorf: Speck statt Sozialisierung? in: derselbe und Hans Mommsen (Hg.): Glückauf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 345-366. Vgl. auch: Christoph Kleßmann, Peter Friedemann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt, New York 1977, sowie Ute Schmidt, Tilman Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948, Berlin 1971 und öfter.

30 Dieses Dokument in: DGB-Archiv, Material Hans Gottfurcht, Dokumente und Unterlagen Herbst 1944-1945, 1.

in dem er zwar ganz vordergründig - bürokratisch die Arbeitsteilung in einer gewerkschaftlichen Verwaltungsstelle abschilderte, dabei aber von einer „Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage von Industrieverbänden“ ausging. Dies entsprach recht genau dem Plan, den die „Deutsche Sprachgruppe in der CGT“, eine Vereinigung deutscher sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter in Frankreich entwickelt und in der von ihr ab Ende 1944 herausgegebenen Organ „Die Einheitsgewerkschaft“ abgedruckt hatte.³¹

Karl Moessinger selbst war bei der Gründung in Aachen nicht anwesend, er arbeitete noch illegal für die SPD an der Saar, aber seine beiden Söhne gehörten zu den 83 Mitgründern.³² Moessinger war einer der führenden Sozialdemokraten im 1943 gegründeten „Comite Allemagne Libre Pour l'Ouest“ (CALPO), dessen Vorsitzender Otto Niebergall (KPD) war. CALPO war die westliche Entsprechung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD), einer Organisation, die auf der Volksfrontlinie der KPD operierte. Auch Vertreter bürgerlicher Parteien und (kriegsgefangene) deutsche Offiziere arbeiteten im Komitee der CALPO mit. Über die Rolle der KPD schrieb Niebergall in einem Rückblick: „Wir Kommunisten bildeten in diesem Gremium die Minderheit. Doch weil wir ein klares, für alle annehmbares Programm besaßen und auf das richtige Ziel, auf die Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte zur Schaffung eines demokratischen Deutschlands, hinsteuerten, hielten wir die Führung des Komitees fest in der Hand.“³³ Dies war wohl auch der Grund dafür, daß Ende 1944 einige der Sozialdemokraten, nicht zuletzt auf Drängen der Londoner SPD-Exilführung, das CALPO wieder verließen. Die meisten aber, so auch Moessinger, blieben dabei, offenbar, weil sie darin die einzige greifbare politische Chance des Einflusses auf die Entwicklung in Deutschland sahen.

Auch die US-Armee versuchte, sich die Verbindungen und Kenntnisse der CALPO nutzbar zu machen, was aber am Widerwillen der CALPO-Führung scheiterte, wenn man den Erinnerungen Niebergalls an diesem Punkt Glauben schenken darf, denn immerhin waren die Amerikaner damals noch *personae gratae* in der großen Anti-Hitler-Koalition. Es ist nicht ganz genau zu sagen, ob und wenn ja, welchen Einfluß CALPO auf die Aachener Gewerkschaftsgründung gehabt hat. Auffällig ist jedoch, wie sehr sich Kommunisten in ganz anderen Teilen Deutschlands auf das Beispiel Aachen beriefen, wenn es um die Neugründung von Gewerkschaften ging - so zum Beispiel in Leipzig.³⁴

31 Abgedruckt in: Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, S. 261 ff.

32 Information Peter Spiegelmacher (Anm. 12).

33 Resistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten. Zusammengestellt und bearbeitet von Dora Schaul. Berlin (Ost) und Frankfurt am Main 1973, S. 55. Vgl. auch den entsprechenden Abschnitt von Lutz Niethammer in: Arbeiterinitiative 1945, S. 179 ff.

34 Arbeiterinitiative 1945, S. 219-251 (verfaßt von Horst Schmollinger), S. 247.

Eine andere Exilorganisation, die versuchte, Einfluß auf die gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland zu nehmen, war die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, die Hans Gottfurcht leitete. In ihr arbeiteten Sozialisten, Sozialdemokraten und, ab 1942, auch Kommunisten mit.³⁵ Gottfurcht kooperierte mit dem amerikanischen Nachrichtendienst Office of Strategie Services (OSS), der Erkenntnisse über das Funktionieren der deutschen Gesellschaft vor und nach 1945 sammelte.³⁶ Besonders war das OSS daran interessiert zu erfahren, welche Individuen und Personengruppen es in Deutschland noch gab, mit denen eine Wiedererrichtung der Demokratie möglich war. Um sich darüber orientieren zu können, wie sich die deutsche Arbeiterbewegung beim Zusammenbruch verhielt, schleuste das OSS Gewerkschaftsemigranten zum Teil noch vor den amerikanischen Truppen ein, meist aber mit ihnen. Zu solchen Männern gehörte zum Beispiel Ludwig Rosenberg oder auch Werner Hansen, der Böckler in Köln wieder entdeckte.³⁷ In Aachen allerdings scheint die Londoner Gruppe nicht rechtzeitig gewesen zu sein. Von einigen Beispielen, wie Josef Kappius abgesehen, der mit dem Fallschirm über dem Emsland absprang, sich nach Bochum durchkämpfte und dort noch vor der Besetzung sich am Wiederaufbau der Arbeiterbewegung beteiligte³⁸, trafen die Emissäre aus London, die natürlich weitaus mehr taten als das, worauf das OSS sie hatte begrenzen wollen, erst Ende März und im April in Deutschland ein. Ihr Einfluß auf den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften kann insgesamt gar nicht überschätzt werden, doch in Aachen waren sie offenbar noch nicht präsent.

Nimmt man all dies zusammen, berücksichtigt die denkbare Verbindung zum CALPO, handelt es sich bei der Aachener Gewerkschaftsgründung offenbar um eine selbständige, an die illegale Arbeit früherer Funktionäre der freien Gewerkschaften anknüpfende Reorganisation der deutschen Gewerkschaften, die keinen Anstoß von außen brauchte, um ihren Willen zum einheitlichen Aufbau zu dokumentieren.

Die Aachener Gewerkschaften wurden nicht „von unten“, sozusagen aus den Betrieben heraus, neugegründet, sondern von den früheren „Kadern“ der Gewerkschaften und Parteien. Das war wohl das am weitesten verbreitete Muster einer Neugründung, wenn es auch andere Beispiele gab, bei denen die „alten“ Funktionäre explizit abgelehnt wurden.³⁹ Grob gesagt, waren die Neugründungen um so sozialdemokratischer geprägt, je mehr die Gründungen

35 Arbeiterinitiative 1945, S. 82-104.

36 Ulrich Borsdorf, Lutz Niethammer (Hg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

37 Ebenda, S.44.

38 Ebenda, S. 213 und 321 (Anm. 65).

39 So zum Beispiel in Hamburg, vgl. Arbeiterinitiative 1945, S. 305-329 (verfaßt von Holger Christier).

personell an die Organisationen der Weimarer Zeit anknüpften; und sie waren am ehesten kommunistisch dominiert, wenn die Betriebe Ausgangspunkt der Reorganisationsbestrebungen waren. Unter amerikanischer Besatzung, die zunächst einen Neuaufbau der Gewerkschaften aus den Betrieben heraus befürwortete, führte das oft zu der von nur einigen US-Offizieren bewußt geförderten Folge, daß Kommunisten die Oberhand bekamen. Die Stärke des christlichen Elements war abhängig von dem regional sehr unterschiedlichen Gewicht der früheren katholischen Arbeiterbewegung. Es überrascht also nicht, wenn es im Rheinland stärker hervortrat als in anderen Teilen des Landes. Die den Umgang mit Gewerkschaften und Betriebsräten etwas besser gewohnten Briten, die ja im Nordwesten Deutschlands den Amerikanern als Besatzungsmacht nachfolgten, setzten gern auf die alten Funktionäre, zumal wenn sie von Anfang an so unumstritten waren wie zum Beispiel Hans Böckler in Köln.

Hans Böckler, ehemaliger Betriebsleiter des ADGB in Rheinland-Westfalen-Lippe, war es denn auch, der vom Frühsommer an, trotz der immer noch zögerlichen Behandlung des Gewerkschaftsaufbaus durch die - nun britischen - Besatzungsbehörden, der wiederentstehenden Organisation Kontur gab. Sein Plan jedoch, den Aufbau zentralistisch zu gestalten, lehnten die Briten ab, er war für ihre Begriffe von gewerkschaftlicher Demokratie zu nahe an der D AF. Die Briten beharrten auf einem langsamen, von unten vorangetriebenen Aufbau von selbständigen Verbänden, die sich in Form einer Föderation zusammenschließen sollten. Auch bei führenden Repräsentanten der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie etwa August Schmidt in Dortmund oder Franz Spliedt in Hamburg, gab es Vorbehalte gegen Böcklers, aus ihrer Sicht allzusehr die Stärke der Zentrale betonenden, Organisationsplan. Erst als eine Delegation des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, sich auch auf die Position der britischen Militärregierung stellte und der Hamburger Spliedt ihnen dabei assistierte, gab Böckler nach, um die Blockade vor dem überregionalen Wiederaufbau der Einheitsgewerkschaft fortzuräumen. Peter Spiegelmacher, einer der Aachener Mitbegründer, beschreibt diesen Vorgang aus der Rückschau so: „Später haben die damaligen Gewerkschaftsführer in den bitteren Apfel gebissen und sich in Industriegewerkschaften aufgeteilt und so mußte der Laden leider laufen.“⁴⁰ Es sollte noch eineinhalb Jahre dauern, bis 1947 der DGB-Britische Zone gegründet werden konnte und erst, als die meisten wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen bereits gefallen waren, konnte der DGB entstehen.

Die Aachener Gewerkschaftsgründung ist nur *ein* Beispiel dafür, wie die Wiedergründung der Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft verlaufen

⁴⁰ Information von Peter Spiegelmacher (Anm. 12).

konnte. Die Konstellationen und Prozesse bei der Wiedergründung der Gewerkschaften waren lokal und regional sehr unterschiedlich. In Aachen finden sich gewissermaßen modellhaft die politischen und strukturellen Merkmale und Probleme, denen sich die deutschen Gewerkschaften nach innen und außen in der Folgezeit stellen mußten: Der Konflikt mit der Militärregierung um eine Organisationsform, die von dieser abgelehnt wurde, der Binnenkonflikt um politischen Einfluß und das Verhältnis zu den Parteien, das Ringen um Entnazifizierung und Strukturreformen in der Wirtschaft. Unumstritten war der - trotz aller Schwierigkeiten und Differenzen - überall verbreitete Wille zur Einheit. Ihm zum erstenmal organisatorischen Ausdruck gegeben zu haben, darauf haben die Aachener Gewerkschaftsgründer im Nachkriegsdeutschland das Erstgeburtsrecht.